



Beim Blick in das Kleine Vilstal wurde deutlich, wie die geplante B15neu-Trasse durch den Naturschutzbereich führen würde. Links außen Rosi Steinberger und rechts außen Sigrid Hagl, beide von Bündnis 90/Die Grünen.



Einig war sich die Runde mit den beiden Grünen-Mandatsträgern beim Studium der Pläne, dass die Trasse der B15neu auf vorhandenen Hauptverkehrsadern umwelt- und bürgerfreundlich verlaufen könne.

Gemeinsame Lösung im südlichen Landkreis

Grüne fordern Verkehrsführung der B15neu ab Geisenhausen über die B299 zur B388

Geisenhausen. Einen gänzlich anderen Verlauf für die geplante Bundesstraße 15neu brachten die Mitglieder der Bürgerinitiative im Gespräch mit zwei hochrangigen Vertretern von Bündnis 90/Die Grünen aufs Tablett. Damit sollen die drei Varianten 1a, 1b und 1c vom Tisch verschwinden. Dem stimmten die Landtagsabgeordnete Rosi Steinberger und die grüne Landesvorsitzende Sigrid Hagl vollumfänglich zu.

Eingeladen zu dem Gespräch in der kleinen Ortschaft Vils bei Geisenhausen hatten die Organisatoren der Bürgerinitiative gegen die B15neu im Kleinen Vilstal. Gekommen waren neben den beiden Man-

datsträgern der Grünen die Bürgermeisterin der Gemeinde Altfraunhofen, Katharina Rottenwallner, CSU, Gemeinderäte und betroffene Bürger entlang der geplanten Trasse. Einig war man sich, ab Geisenhausen für die B15neu einen anderen Verlauf anzustreben. So solle die B299 als besonders stark befahrene Straße bis Vilsbiburg ertüchtigt werden und den Verkehr über die Umgehungsstraße zur B388 und zur alten B15 weiterleiten. Der Kreisel beim Vilsbiburger Gewerbegebiet müsste den neuen Bedingungen angepasst werden. Bei Bedarf seien zusätzlich auf der B388 einige wenige Ortsumfahrungen einzuplanen.

Diese Lösung verlaufe auf bereits

bestehenden Hauptstraßen, benötige deshalb weniger Ackerland und belaste die Bewohner nicht zusätzlich, waren sich B15-Gegner und die Grünen-Politiker einig. Darüber hinaus würden die Bürger und die Firmen Vilsbiburgs mit der ausgebauten B299 eine belastungsfähige Hauptverkehrsader erhalten. Wie sich unter den Gesprächsteilnehmern bald herauskristallisierte, lehnt jeweils die Gemeinde eine die Variante für die B15neu ab, deren Gebiet durchschnitten wird. Daher regten Steinberger, Hagl und die Organisatoren der Bürgerinitiative an, dass sich die Bürgermeister des südlichen Landkreises in den nächsten Tagen zusammensetzen. Sie und ihre Stadt- und Gemeinde-

räte könnten mit einer gemeinsamen Lösung für den südlichen Landkreis die geänderte Streckenführung vorbringen.

Eine „Verkehrsplanung mit Hirn“ forderte Steinberger und erklärte, die Gemeinden im Süden von Landshut sollten sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Es sei vermutlich im Sinne der Planung, wenn die einzelnen Gremien verschiedene Varianten bevorzugen würden. „Wir müssen aber an einem Strang ziehen“, war sie sich mit Hagl einig. Weiter verdeutlichte sie, dass die zweispurige Straße entlang des Vilstals kaum Zufahrten haben werde und damit für landwirtschaftliche Fahrzeuge nicht zu queren sei. Diese Mitteilung löste unter den anwesenden Landwirten Empörung aus, die eine Bewirtschaftung ihrer Felder gefährdet sahen. Hagl, zugleich Stadträtin in Landshut, hielt es für unmöglich, die Landshuter Verkehrsprobleme mit der jetzigen Planung der B15neu zu lösen.

Dr. Thomas Köppen sagte, man müsse den Tatsachen ins Auge sehen, dass die B15neu vermutlich kommen werde. Daher solle man gemeinsam eine vernünftige Streckenführung anstreben. Die Anbindung über die B388 zur alten B15 nannte der Altfraunhofener Gemeinderat Martin Eber „relativ schnell durchsetzbar“. Mit diesem Vorschlag sei man nicht einfach gegen eine neue Straße, sondern zeige einen Weg, wie diese sinnvoll geführt werden könne. Professor Dr. Tilman Resch wies auf die gebotene Eile hin, weil das Raumordnungsverfahren bereits Mitte Mai ende. Daher müsse der runde Tisch der Bürgermeister sehr schnell zusammenfinden.



DER NABEL BAYERNs scheint Geisenhausen angesichts der vielen Kräne in Sachen Bautätigkeit zu sein. Bleibt zu hoffen, dass sich die Kräne nicht gegenseitig bei der Arbeit behindern. Foto: Josef Sirtl